

Die Beschreibung des vor einiger Zeit von der Bürgerstiftung Heidelberg vorgeschlagenen Forschungsprojekts *Kooperative Prävention Altstadt* (KoPrA I) ist hier unten unter dem Titel „Über den Versuch, *Incivilities* in der Heidelberger Altstadt einzudämmen und wirksame Präventionsschritte vorzubereiten“ nachzulesen. Wird dieses Vorhaben realisiert, so können die dadurch gewonnenen Erkenntnisse Grundlage und Ausgangspunkt für ein weiterführendes, äußerst innovatives Projekt werden, das wir hier mit dem Kürzel ‚KoPrA II‘ bezeichnen wollen.

KoPrA II schließt unmittelbar an die in der Stadt bereits praktizierten Formen der Bürgerbeteiligung an, macht sich aber explizit das Wissen der Wissenschaften zunutze. Denn das zugrunde liegende Modell entspricht den sozialwissenschaftlich-methodisch angeleiteten Verfahren des sog. ‚Participatory Action Research‘, die in anderen Ländern mit großem Erfolg zur Lösung kommunaler Interessenkonflikte eingesetzt werden;¹ in unserer Übersetzung: ‚Partizipative Praxisforschung‘ (PPf).

Was heißt ‚Partizipative Praxisforschung‘? Es geht in diesem Gemeinschaftsprojekt darum, wissenschaftliches Wissen und lokales Praxiswissen aufeinander zu beziehen, um

- zunächst möglichst konkret die in einer Kommune bestehenden virulenten Probleme und Problemfelder bestimmen zu können;
- anschließend zu klären, welche Aspekte von den beteiligten Akteuren als bearbeitungsbedürftig und -fähig angesehen werden und welche Instrumente dafür in Frage kommen;
- in einer weiteren, alle Beteiligten einschließenden konzertierten Aktion die gemeinsam beschlossenen Lösungsansätze gestalterisch umzusetzen.

‚Partizipation‘ ist in diesem Konzept wörtlich als aktive Beteiligung aller Gruppen zu verstehen, die in die in der Altstadt bestehenden Nutzungs- und Interessenkonflikte verstrickt sind: Anwohner, Bürgerinitiativen, Stadtteilvertretungen, Unternehmer (Wirte, Hoteliers), Besucher (Einheimische & Touristen), städt. Verwaltung & Sicherheitsdienste. Den amtlichen Stellen (incl. Gemeinderat) wird empfohlen, nicht hoheitlich in den laufenden Prozess der PPf einzugreifen; sie sind vor allem dann als Entscheidungsträger gefragt, wenn es um konkrete Planungen geht. Damit soll gewährleistet werden, dass die Konfliktparteien durch eigene Kraft Wege zu einer partnerschaftlich handelnden Problemlösungsgemeinschaft und zu Verbesserungen der Lebensqualität im Stadtteil finden.

Welche Rolle spielen dabei die Wissenschaften? Nun, die nichtwissenschaftlichen Akteure der PPf können auf die streng wissenschaftlich ermittelten Erkenntnisse von KoPrA I zurückgreifen, setzen aber in KoPrA II ihr großes lokales Erfahrungs- und Praxiswissen als soziales Kapital ein. Das ist ein Vorteil, denn wissenschaftliches Wissen ist das Ergebnis theoretisch fundierter Recherchen und wird vor allem aus einem geradezu notwendigen, man könnte auch sagen, desengagierten Abstand gegenüber den Alltagserfahrungen gewonnen. Kurz, die nichtwissenschaftlichen Akteure der PPf setzen ihr Wissen ein, um die Praxis zu *verändern*, während die wissenschaftlichen Forscher diese Praxis rekonstruieren und *durchleuchten*. Praxiswissen ist – wie der Begriff schon sagt – Teil der gelebten Erfahrung und in diese verstrickt, hält also selten Distanz zum unmittelbaren Handeln.

¹ http://en.wikipedia.org/wiki/Participatory_Action_Research

Nimmt man die hier angedeuteten Unterschiede ernst, dann wird auch deutlich, dass die Interessen der Wissenschaftler andere als etwa die der Altstadtbewohner sind. Und trotzdem können – vielleicht sogar gerade wegen dieser Unterschiede – beide einander in besonderer Weise nützen. Die nichtwissenschaftlichen Akteure von KoPrA II brauchen zum Beispiel das wissenschaftliche Wissen auch für die den Prozess der PPF begleitenden Bewertungen und Evaluationen. Wissenschaftliche Expertise ist außerdem auch dort erwünscht, wo die einzelnen Phasen des geplanten Beteiligungs- und partnerschaftlichen Forschungsprozesses im Hinblick auf Organisation, Strukturierung sowie Kommunikations- und Dokumentationsformen durch Beratung und Training gestützt werden müssen.

Natürlich sind dafür Berührungspunkte, Kontaktstellen zwischen Wissenschaft und kommunalem Leben zu schaffen. Und genau hier greifen die Modelle der Partizipativen Praxisforschung, die unseres Erachtens hervorragend zu den in der Kommune zu beobachtenden Bemühungen um den Ausbau einer funktionsfähigen Beteiligungskultur passen. Die Handlungsprinzipien, die dem Modell der hier vorgeschlagenen Partizipativen Praxisforschung zugrunde liegen, lassen sich in etwa wie folgt zusammenfassen:

1. Die an der PPF beteiligten Wissenschaftler und Nicht-Wissenschaftler kommunizieren auf Augenhöhe.
2. Die Wissenschaftler begleiten und evaluieren das Projekt, beanspruchen aber keine Deutungshoheit.
3. Lokales (Praxis-)Wissen ist akademischem Wissen nicht untergeordnet; vielmehr ist akademisches Wissen offen für Korrekturen durch lokales Wissen.
4. Alle an dem Projekt teilnehmenden Interessen- und Konfliktgruppen handeln als gleichberechtigte Partner; d.h. sie teilen Informationen, Ressourcen, Ergebnisse und deren Interpretationen.
5. Die gemeinsamen Gespräche dienen nicht der Kontrolle, sondern der Entwicklung innovativer Lösungsansätze und tragen dazu bei, die von den beteiligten Gruppen erkundeten Problemlösungsansätze zu stärken (Empowerment).
6. Gegebene Funktions- und gesellschaftliche Statushierarchien sind zwar zu reflektieren, sollten aber im partnerschaftlichen Kooperationsprojekt keine Rolle spielen.
7. Partizipative Praxisforschung hat die Entwicklung von Handlungsalternativen zum Ziel, erprobt diese und setzt sie einem Prozess fortgesetzter Überprüfung und Verbesserung aus.
8. Partizipative Praxisforschung ist prinzipiell als ein *rekursiv* verfahrenender Kommunikations- und Handlungsprozess zu verstehen.
9. Das heißt: Die gemeinsam beschlossenen und durchgeführten Praxisveränderungen werden nach bestimmten Bewährungsphasen mit Hilfe der beteiligten Wissenschaften evaluiert und von allen Beteiligten bewertet, was u.U. neue Verhandlungen zwischen den Partnern und daraus folgende Korrekturen veranlassen kann.
10. Die grundsätzliche Unabgeschlossenheit des Verfahrens folgt nicht nur dem Takt der sozial, ökonomisch und kulturell bedingten Veränderungen kommunaler Praxis, sie antwortet positiv auch auf die sich wandelnden Bedürfnisse des Zusammenlebens.

Heidelberg, 5. April 2013